

# Hallo Karlsson!

**Wohnungsbau.** Der Wohnungsbedarf in deutschen Großstädten ist derzeit weit größer als das Angebot. Der Neubau kommt auch deshalb nicht hinterher, weil es zu wenige innerstädtische Bauflächen gibt. Forscher der TU Darmstadt und des Pestel Instituts haben aber noch Potenzial entdeckt: die Dächer.

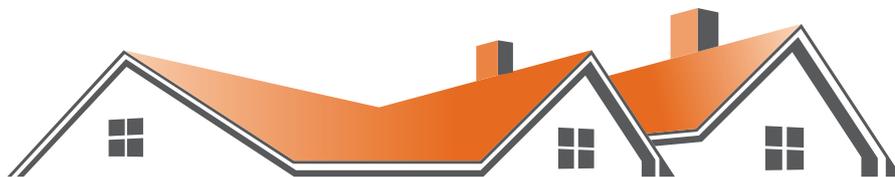
Wer in Deutschland eine bezahlbare Wohnung in einem Ballungsgebiet mieten möchte, muss sich schon heute auf eine mühsame Suche einstellen. Künftig wird sich die Lage sogar noch verschärfen:

**Bis 2020 müssten deutschlandweit jährlich mehr als 350.000 Wohnungen gebaut werden, um den erwarteten Bedarf zu decken, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) berechnet hat.**

Tatsächlich wurden 2014 nur 245.000 Wohnungen fertiggestellt. Gerade dort, wo das höchste Tempo gefordert wäre, läuft der Wohnungsbau aktuell besonders schleppend: in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Hier entstanden im Jahr 2014 insgesamt 66.000 Wohnungen – mindestens 102.000 pro Jahr werden bis 2020 benötigt.

Inzwischen lebt rund die Hälfte der Bundesbürger in Regionen, die unter Wohnungsknappheit leiden. Weil in Großstädten ausreichend Bauland fehlt, ist nun eine andere Idee auf den Prüfstand geraten: Die TU Darmstadt hat zusammen mit dem Pestel Institut für Systemforschung ermittelt, welche Chancen für zusätzlichen Wohnraum das Aufstocken bestehender Gebäude bietet.

Konzentriert haben sich die Forscher dabei auf die in der Regel weniger ansehnlichen Nachkriegsbauten der Jahre 1950 bis 1989; und sie haben Wohnhäuser in der Hand von Eigentümergemeinschaften wegen der komplizierten Zustimmungsverfahren außen vor gelassen. →



## Das Potenzial der Dächer in Zahlen

**1,1 Millionen**

**neue Wohnungen** mit insgesamt 84 Millionen Quadratmetern Wohnfläche lassen sich in Deutschland schaffen, wenn die Dachgeschosse von Mehrfamilienhäusern aufgestockt werden.

**348 Millionen**

**Quadratmeter Flächenverbrauch** ließen sich durch das Aufstocken im Vergleich zum Neubau vermeiden – das entspricht in etwa der Größe von Dresden.

**50 Prozent**

geringer wäre der **Energiebedarf** der alten Dachgeschosse durch die Aufstockung – die neuen Dachgeschosswohnungen verbrauchen bei Niedrigenergiebauweise kaum zusätzliche Heizwärme.

**9,32 Euro**

**Kaltmiete pro Monat** und Quadratmeter müsste ein privater Investor bei Baukosten von 2.400 Euro pro Quadratmeter anfangs verlangen, um im Laufe von 30 Jahren eine Eigenkapitalrendite von 4 Prozent zu erzielen.

Stand: Februar 2016; Annahmen zur Kalkulation der benötigten Kaltmiete: 20 Prozent Eigenkapitalfinanzierung, Darlehenszins 2 Prozent, Tilgung über 30 Jahre, 1 Prozent Inflation, jährliche Mieterhöhung um 0,5 Prozentpunkte unter Inflation, reguläre lineare Abschreibung von 2 Prozent der Baukosten pro Jahr; Quelle: TU Darmstadt/Pestel Institut

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016  
IW Medien  
iwv18 -  
Illustration:  
Fotolia/365

## Inhalt

**Steuervermeidung.** Als Konsequenz aus den Panama Papers bemüht sich die internationale Politik, Steueroasen auszutrocknen. Deutschland nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein.  
Seite 3

**Flüchtlinge.** Die Kosten für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sind schwer abzuschätzen. Wie IW-Direktor Michael Hüther betont, geht es aber ohnehin vor allem um den humanitären Aspekt.  
Seite 4-5

**Fußballbundesliga.** Die Fernsehrechte werden neu vergeben, Beobachter erwarten Rekordpreise. Trotzdem sind die TV-Rechte hierzulande im internationalen Vergleich noch eher günstig.  
Seite 6-7

**Regionen.** Das Beispiel des Rhein-Erft-Kreises zeigt, wie sich in der Nähe von Metropolen gelegene Regionen fit für die Zukunft machen können.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Übrig geblieben sind rund 580.000 Mehrfamilienhäuser in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten, auf die sinnvoll neue Dachgeschosswohnungen gesetzt werden könnten – manchmal über ein Stockwerk, manchmal sogar über zwei Etagen (Grafik Seite 1):

**Bei einer Aufstockung um durchschnittlich 1,3 Stockwerke ergibt sich ein Potenzial von 1,1 Millionen neuen Wohnungen mit insgesamt 84 Millionen Quadratmetern Wohnfläche.**

Gut ein Viertel davon entfällt auf Nordrhein-Westfalen (Grafik), wo IW-Schätzungen zufolge jährlich rund 50.000 neue Wohnungen gebraucht werden. Aber auch in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit einem Bedarf von 19.500 beziehungsweise 10.500 Wohnungen pro Jahr könnte der vermehrte Ausbau der Dächer den Mangel lindern.

Auf diese Weise Wohnraum zu schaffen, ist ökonomisch vorteilhaft, weil Aufstocken meist billiger ist als Neubauen. Es entfallen zum Beispiel die Kosten für das Grundstück, den Anschluss an die Versorgungsleitungen und die Verkehrsanbindung.

Doch auch die ökologischen Vorteile sind laut TU Darmstadt und Pestel nicht von der Hand zu weisen:

- **Aufstocken spart Energie.** Wird die oberste Geschossdecke der Mehrfamilienhäuser überbaut, sinkt der Heizbedarf in den ehemaligen Dachwohnungen um bis zu 50 Prozent. Und bei einer modernen, energieeffizienten Bauweise würden die neuen Obergeschosse kaum zusätzliche Wärme verbrauchen.
- **Aufstocken spart Fläche.** Um dieselbe Menge an Wohnraum neu zu bauen, müssten insgesamt 348 Millionen Quadratmeter mehr versiegelt

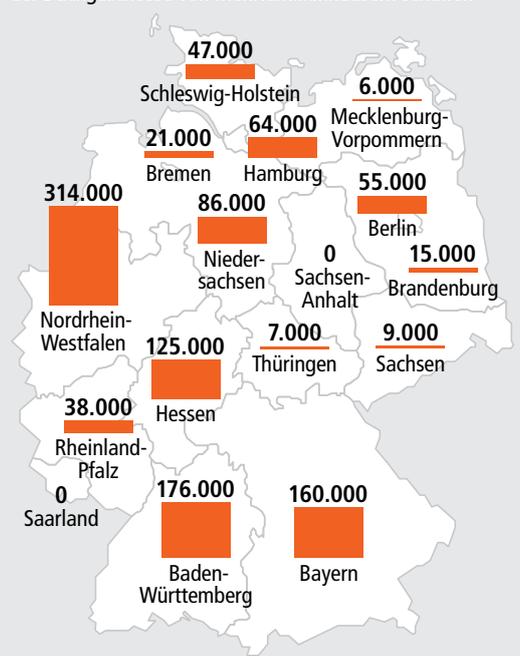
werden – eine Fläche, die beispielsweise die Größe der Städte Dresden oder Bremen übersteigt.

Das Potenzial der Dächer zu nutzen, käme somit auch der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung entgegen: Das darin verankerte „30-Hektar-Ziel“ sieht vor, den täglichen Flächenverbrauch bis 2020 auf diesen Wert zu verringern. Zuletzt lag er mehr als doppelt so hoch.

Es spricht also schon rein rational vieles dafür, quasi aufs Dach zu ziehen – dass es auch einen besonderen Charme hat, würde Astrid Lindgrens Kinderbuchheld Karlsson sicher bestätigen. Politisch forcieren lässt es sich vor allem, indem Vorschriften vereinfacht und Regulierungen abgebaut werden (siehe Interview), darunter zum Beispiel die Beschränkung der Trauf- und Firsthöhen in den Bebauungsplänen.

## Dachgeschosse: Da geht noch was

So viele neue Wohnungen mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 75 Quadratmetern lassen sich in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten durch die Aufstockung der Dachgeschosse von Mehrfamilienhäusern schaffen



Stand: Februar 2016; ohne Regionen mit Wohnungsleerständen; Werte gerundet; Mehrfamilienhäuser: nur Baujahr 1950 bis 1989 und nicht im Besitz von Eigentümergemeinschaften; Quelle: TU Darmstadt/Pestel Institut



Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Na  
Nachgefragt bei **Michael Voigtländer**,  
Leiter des Kompetenzfelds Finanz- und Immobilienmärkte am Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Herr Voigtländer, inwieweit kann der Ausbau von Dachgeschossen helfen, den Wohnungsmangel in Deutschland zu beheben?

Es gibt ein gewisses Potenzial – deshalb sollte man den Ansatz unterstützen. Die alleinige Lösung ist das jedoch nicht.

### Sollte der Staat den Ausbau finanziell fördern?

Das halte ich für unnötig, denn die Vermietung ist vielerorts attraktiv genug. Besser wäre es, Investitionshemmnisse zu beseitigen, zum Beispiel Vorschriften zu lockern, die zum Bereitstellen von Stellplätzen oder zum Bau von Aufzügen verpflichten.

### Ist das nicht für alle Neubauten ein empfehlenswerter Ansatz?

Ja. Die Neubautätigkeit wird durch eine Vielzahl von Vorschriften gebremst, die die Kosten in die Höhe treiben – wie zum Beispiel energetische Auflagen. Hier finden sich zahlreiche Fälle, in denen ein hoher Aufwand betrieben werden muss, der jedoch vergleichsweise wenig bringt. Das gilt etwa für neue Dämmvorschriften. Aber auch DIN-Normen müssen kritisch hinterfragt werden, beispielsweise mit Blick auf den Schallschutz.

### Und wo könnte – abgesehen von den Dächern – sonst noch zusätzliche Baufläche herkommen?

In den Innenstädten sind die Entwicklungspotenziale begrenzt, wobei vorhandene Optionen, zum Beispiel das Tempelhofer Feld in Berlin, konsequent genutzt werden sollten. Metropolen wie Berlin, Hamburg oder München müssen aber auch in Betracht ziehen, ganz neue Stadtviertel zu errichten – oder sogar Entlastungsstädte in der Nachbarschaft zuzulassen.

# Trockenlegung hat begonnen

**Steuervermeidung.** Wenige Wochen, nachdem die Panama Papers veröffentlicht worden sind, hat sich die internationale Politik auf Schritte gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung verständigt. Bei den Bemühungen, Steueroasen auszutrocknen, nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle ein.

Schon vor der Veröffentlichung der Panama Papers Anfang April hatten die Bestrebungen der Finanzbehörden, Steuerhinterziehern auf die Spur zu kommen, ordentlich Fahrt aufgenommen. Deutsche Finanzbehörden zum Beispiel haben 2006 erstmals CDs mit Daten von mutmaßlichen Steuerbetrügern gekauft und seit 2015 gelten verschärfte Regeln für Selbstanzeigen.

Die Daten der Kanzlei Mossack Fonseca – allein 215.000 Briefkastenfirmer tauchen in den Panama Papers auf – wirkten dann wie ein Katalysator. Seitdem machen im Eiltempo neue Vorschläge die Runde, die hauptsächlich auf die Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche abzielen, aber auch legale Offshore-Aktivitäten ins Visier nehmen.

In Deutschland legte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble einen Zehn-Punkte-Plan vor. Dieser zielt vor allem auf mehr Transparenz, einen besseren internationalen Datenaustausch und härtere Strafverfolgung. Auch national soll nachgebessert werden: Bund und Länder planen eine Ausweitung der Meldepflichten von Banken und Steuerzahlern. Steuerbetrug über Offshore-Firmen soll künftig außerdem als „besonders schwere Steuerhinterziehung“ eingestuft werden.

## Steuervermeidung: Die OECD-Schätzung

Der Datensatz, anhand dessen die OECD den von den Unternehmen verursachten jährlichen Steuerausfall veranschlagt, enthält 1,2 Millionen Angaben zu Unternehmen in 46 Ländern für den Zeitraum 2000 bis 2010. In diesem Datensatz sind über 40 Prozent der deutschen Firmen ab 250 Mitarbeitern erfasst, aber nur 5 Prozent der amerikanischen Unternehmen derselben Größenklasse. Die OECD rechnet die Ergebnisse unter verschiedenen Annahmen auf die Weltwirtschaft hoch – und kommt zu diesen Ergebnissen:

Weltweites jährliches Unternehmenssteueraufkommen	<b>2.300 Milliarden Dollar</b>
Geschätzter Einnahmeausfall	<b>etwa 4 bis 10 Prozent</b>
	davon: zwei Drittel durch internationale Gewinnverlagerung
	ein Drittel durch Ausnutzung von Steuervergünstigungen
<b>Weltweiter jährlicher Einnahmeausfall insgesamt</b>	<b>100 bis 240 Milliarden Dollar</b>

Gewinnverlagerung: Multinationale Unternehmen verlagern ihre Gewinne in Länder mit geringeren Steuersätzen.  
Steuervergünstigungen: Multinationale Unternehmen werden gegenüber rein nationalen Unternehmen steuerlich begünstigt – beispielsweise durch Ausnutzung steuerrechtlicher Unterschiede zwischen einzelnen Ländern bei der Behandlung spezifischer Einkommensarten oder durch die Abzugsmöglichkeiten von Zinsaufwendungen.  
Quelle: OECD

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - IwD 18

Schäubles Zehn-Punkte-Plan dient auch den fünf größten europäischen Ländern als Blaupause für ihre Forderung, Daten über Finanzkonten so rasch wie möglich untereinander auszutauschen – und nicht erst ab dem Jahr 2017. Gleichzeitig sollen schwarze Listen mit den Namen widerspenstiger Steueroasen erstellt werden, um diese international zu ächten. Die Finanzminister der 20 größten Volkswirtschaften (G20) folgten diesen Vorschlägen bei ihrem Treffen Mitte April.

Daraufhin vollzog auch die Regierung in Panama eine Kehrtwende: Sie will nun ab 2018 ausländischen Steuerbehörden Daten zu Finanzströmen und Eigentümerstrukturen von Firmen offenlegen. Bisher hatte das Land seine Unterschrift unter eine Vereinbarung für einen automatischen Informationsaustausch verweigert, die bereits rund 100 Länder unterzeichnet haben. Weitere Staaten sollen hinzukommen – allen voran die bis dato zögerlichen USA.

Ob die Politik dieses hohe Tempo halten kann, ist zweifelhaft, denn nicht jedes Land unterstützt die Plä-

ne zur Verhinderung von Steuervermeidung. Ob im US-Bundesstaat Delaware oder in London: Auch in einigen Industriestaaten basieren Geschäftsmodelle auf undurchsichtigen Kapitalflüssen und Steueranreizen, die nicht per se illegal sind.

Um in der globalisierten Wirtschaft fairen Wettbewerb zu sichern, müssen international bindende Regelungen für möglichst alle Länder entwickelt werden. Daran arbeiten EU, G20 und OECD bereits seit einigen Jahren. Kernstück der Überprüfung der Steueroptimierungsmodelle, wie sie von Konzernen genutzt werden, sind die 15 Punkte des BEPS-Aktionsplans (Base Erosion and Profit Shifting).

Die OECD lockt die Regierungen dabei mit der Aussicht auf üppige Mehreinnahmen (Grafik):

**Demnach beträgt der Einnahmeausfall durch legale Steuergestaltung von Unternehmen zwischen 100 und 240 Milliarden Dollar pro Jahr.**

Dieser breite Schätzkorridor zeigt allerdings die große Unsicherheit, die über das Ausmaß der tatsächlichen Steuervermeidung besteht.



## Schulkenntnisse oft nur rudimentär

Schulbildung der volljährigen Asylsuchenden in Deutschland in Prozent

Keine Schule besucht Bis zu vier Jahre Schule besucht



Befragung von rund 220.000 Asylsuchenden ab 18 Jahren im Jahr 2015  
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

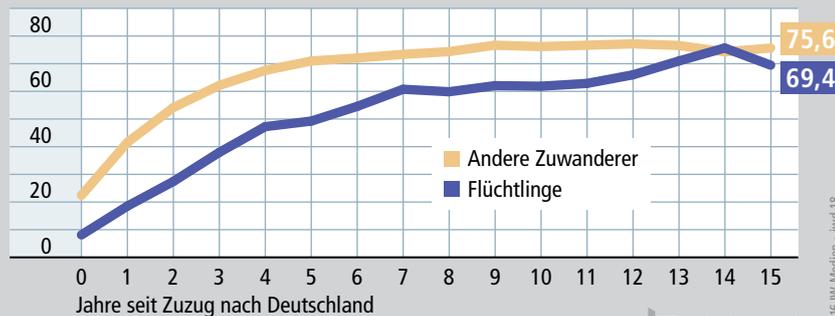
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 18



## Integration braucht Zeit

Beschäftigungsquote von Migranten im Alter von 15 bis 64 Jahren in Prozent



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

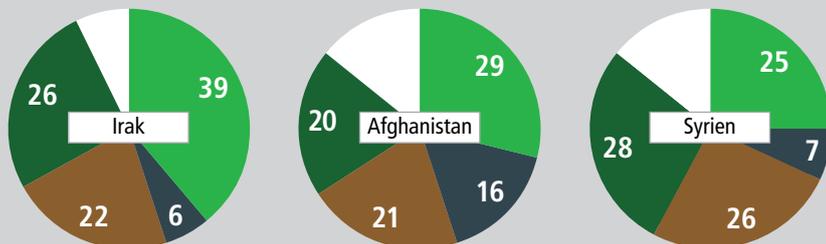
© 2016 IW Medien - Iwd 18



## Fast jeder Zweite ohne Job

Erwerbsstatus der anerkannten Flüchtlinge ab 18 Jahren nach Herkunftsländern in Prozent

Erwerbstätig In Ausbildung Suche nach Arbeit/Ausbildungsplatz Nicht erwerbstätig



Rest zu 100: Sonstiges oder keine bzw. nicht verwertbare Angaben; Befragung von rund 2.800 Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen im Jahr 2014; Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 18

# Flüchtlinge in

Die Diskussion über die Flüchtlingskrise gleicht manchmal einem Blindflug. Das ist durchaus verständlich. Denn oft wissen wir zu wenig über die Menschen, die zu uns kommen. Häufig muss auf ältere Statistiken zurückgegriffen werden, damit man überhaupt eine ungefähre Vorstellung davon bekommt, was Migranten aus bestimmten Regionen können und was zu tun ist, um sie in den Arbeitsmarkt und damit letztlich in die Gesellschaft zu integrieren. Entsprechend schwierig ist es, die Erfolgsaussichten und die Kosten für solche Integrationsbemühungen abzuschätzen.

Was aber im Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen auseinandergehalten werden muss und was im politischen Diskurs an Formulierungen gar nicht geht, macht IW-



Direktor Michael Hüther im Gespräch deutlich.

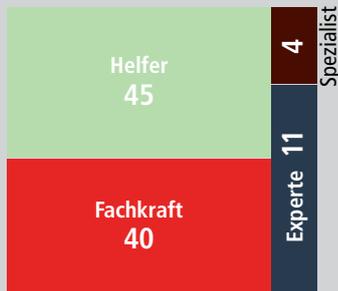
Professor Hüther, Sie betonen immer wieder, dass man die Flüchtlingsmigration und die Arbeitsmarktzuwanderung strikt voneinander trennen muss. Warum?



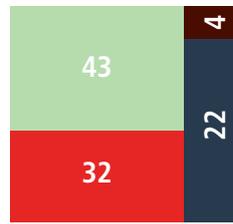


## Nicht nur Helfertätigkeiten

So viel Prozent der Flüchtlinge aus Afghanistan, Eritrea, dem Iran, dem Irak, Nigeria, Pakistan, Syrien und Somalia waren im August 2015 sozialversicherungspflichtig beschäftigt als ...



darunter: Syrer



Experte: in der Regel akademischer Beruf; Spezialist und Fachkraft: in der Regel Ausbildungsberuf  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 18



## Die Sicht der Unternehmen

Auf die Frage „Für welche Art von Tätigkeiten sehen Sie Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge?“ antworteten so viel Prozent der Unternehmen

	Einfache Arbeit	Qualifizierte Beschäftigung	Beides	Keines von beidem
Verarbeitendes Gewerbe	60	44	27	23
Dienstleister und Bau	47	45	21	29
Bis 49 Mitarbeiter	48	44	21	28
50 bis 249 Mitarbeiter	71	51	35	12
Ab 250 Mitarbeiter	79	53	41	10
<b>Insgesamt</b>	<b>50</b>	<b>45</b>	<b>22</b>	<b>27</b>

Befragung von 883 Unternehmen im Februar 2016  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 18  
Illustration: sausi - Fotolia.com

# Deutschland



Flüchtlinge kommen nicht zu uns, um unsere Probleme zu lösen. Flüchtlinge kommen, weil sie in ihrer Existenz bedroht sind. Und unsere Aufgabe ist es, diesen Menschen eine Lebensperspektive zu ermöglichen. Dazu gehört es dann auch, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber nicht unser Arbeitsmarktbedarf sollte der Maßstab für unser Handeln sein, sondern humanitäre Gesichtspunkte. **Nicht alle Berechnungen, was Flüchtlinge den Steuerzahler kosten, halten Sie für legitim?** Zunächst mal, ja, es darf auch etwas kosten. Humanitäre Aufgaben kosten. Eine Reihe von

Berechnungen geht von 21 bis 26 Milliarden Euro pro Jahr aus. Aber manche Debatte, die wir in unserem Land führen – so nach dem Motto „nach rund sieben Jahren rechnen sie sich“ –, die halte ich ehrlich gesagt für nicht zulässig. Und ich sage das aus innerer Überzeugung: Es gibt keine Rechnung, wann ein Flüchtling aus fiskalischer Sicht eine Daseinsberechtigung hat. Und es sind dann ja auch Rechnungen, die letztlich nicht tragen. Denn wenn es so wäre, dann müsste man die Grenzen öffnen und jeden ins Land holen, weil er sich nach sieben Jahren rechnet.

# Wer live schauen will, zahlt!

**Fußballbundesliga.** Die Fernsehrechte der Fußballbundesliga werden neu vergeben und es werden Rekordpreise erwartet – eigentlich ist das gut für die Vereine der Ersten und Zweiten Liga. Im internationalen Vergleich auch zu anderen Sportarten ist der Preis für die Bundesliga-Fernsehrechte allerdings noch eher moderat.

Welcher Fernsehsender darf die Spiele der Fußballbundesligen ab der Saison 2017/2018 live zeigen? Die Deutsche Fußball Liga hat die TV-Rechte für die Spielzeiten 2017/2018 bis 2020/2021 ausgeschrieben, eine Entscheidung soll noch vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft im Juni fallen.

Für die Ausrichter zahlreicher Sportarten sind die Rechte für die TV- und Medienübertragungen die wichtigste Einnahmequelle – und damit sind die Vergabeverfahren und ihre Ergebnisse besonders bedeutsam für die Vereine und ihre finanzielle Wettbewerbsfähigkeit.

**Zum ersten Mal können die Live-TV-Rechte nun allerdings nicht wie bisher an einen, sondern müssen aus kartellrechtlichen Gründen an mehrere Bieter vergeben werden.**

Egal wie vielen Bietern die Rechte zugesprochen werden, der Preis dürfte eine neue Rekordhöhe erreichen – spekuliert wird über 1,1 bis 1,5 Milliarden Euro pro Saison. Für die laufende Saison kassieren die Vereine der Ersten und Zweiten Fußballbundesliga einen Betrag in Höhe von gut 870 Millionen Euro.

Doch dies ist nichts im Vergleich zu anderen Ligen – ein Beispiel:

**In England liegen die Einnahmen der Vereine aus dem Verkauf der Medienrechte bei 2,3 Milliarden Euro pro Spielzeit – und das allein für die Vermarktung in Großbritannien.**

Dies ergibt pro Spiel in der Premier League durchschnittlich einen Betrag von 6,1 Millionen Euro, während es in der Fußballbundesliga aktuell 1,4 Millionen Euro pro Spiel sind (Grafik).

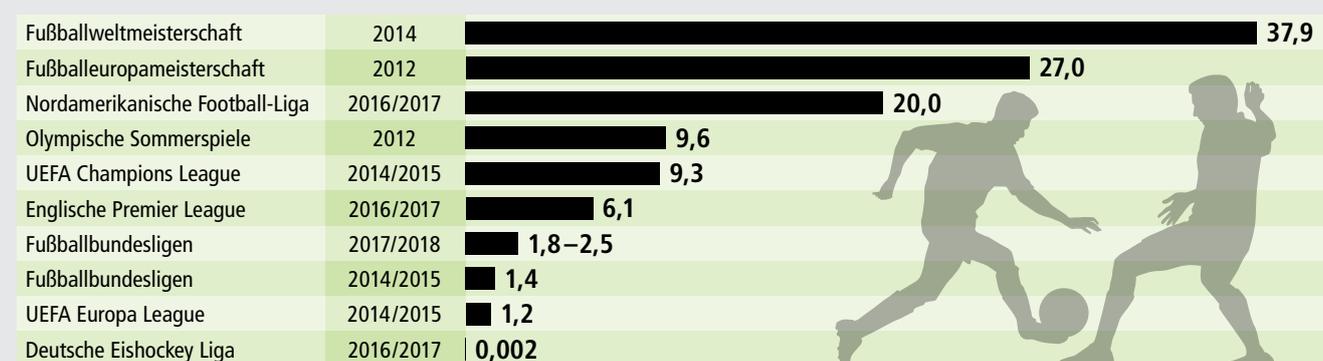
In anderen Sportarten werden teilweise noch deutlich höhere Beträge gezahlt. In der nordamerikanischen Football-Liga (NFL) ist nicht nur das Finale, der Superbowl, durch den Verkauf von Werbeblöcken eine Gelddruckveranstaltung. Auch jedes normale Spiel der Liga bringt durchschnittlich 20 Millionen Euro ein.

Weniger beliebt als der amerikanische Football oder der deutsche Fußball sind dagegen die Spiele der deutschen Eishockeyprofis. Hier liegt die Zahlungsbereitschaft für die TV-Übertragungsrechte der Spiele der Deutschen Eishockey Liga gerade einmal bei 2.000 Euro pro Spiel.

Weil europäische und internationale Sportereignisse wie die Olympischen Spiele oder die Welt- und Europameisterschaften im Fußball in sehr vielen Ländern ausgestrahlt werden, erzielen sie noch wesentlich höhere Beträge: Ganz vorne lag hier die Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien – mit knapp 38 Millionen Euro pro Spiel.

## Sport im TV: Teures Vergnügen

Einnahmen der Vereine bzw. Ausrichter aus dem Verkauf von Fernsehübertragungsrechten pro Spiel bzw. Wettkampf in Millionen Euro



Englische Premier League: nationale Übertragungsrechte; Fußballbundesligen 2017/2018: Prognose

Quellen: Bloomberg, Deutsche Fußball Liga, Deutsche Eishockey Liga, Fédération Internationale de Football Association, International Olympic Committee, Premier League, Union des Associations Européennes de Football



**Oliver Koppel**  
Arbeitsmarktforscher  
am Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

tar +++ Kommentar +++ Kommentar +++ Kommentar +++ Kommentar +++ Kommentar +++

## Spannender als die Meisterschaft

Der Poker läuft – wer wird die Spiele der Ersten und Zweiten Fußballbundesliga ab der Saison 2017/2018 live übertragen? Bisher hatte stets ein einziger Anbieter das Gesamtpaket erworben, zuletzt Sky. Nun hat das Kartellamt jedoch ein Allein-erwerbsverbot durchgesetzt, sodass die Pakete A bis E (Tabelle) von mehreren Bietern gekauft werden müssen. Zum Bundesligaspiel Borussia Dortmund gegen Bayern München schalteten in dieser Saison 1,87 Millionen Zuschauer live ein, zu den Quotenkiller-Duellen zwischen Ingolstadt und Wolfsburg sowie Leverkusen und Darmstadt dagegen weniger als jeweils 5.000 Fußballfans. Der Wert eines Pakets hängt also nicht nur vom Sendepplatz ab, sondern vor allem von der Attraktivität der beteiligten Mannschaften. Die Sonntagsspiele des Pakets E beinhalten beispielsweise jene Mannschaften, die

unter der Woche in der Europa League aktiv sind. Wer das sein wird, steht noch nicht fest. Im – aus Bietersicht – besten Fall sind es Zuschauer magneten wie Schalke oder Mönchengladbach, mit denen sich hohe Werbeeinnahmen erzielen lassen, im schlechtesten Fall Abtörner wie Leverkusen oder Wolfsburg. Da Bayern, Dortmund sowie die übrigen Champions-League-Starter höchstwahrscheinlich vorwiegend samstags – also in den Paketen B, C und D – zu sehen sein werden, schwankt deren möglicher Wert deutlich weniger. Ein erfolgreicher Konkurrent des bisherigen Alleinbieters dürfte sein Paket am ehesten über das Internet zeigen, will er die zusätzlichen Infrastrukturkosten für den Kunden niedrig halten, der sich dann zum Beispiel keinen zweiten Dekoder anschaffen muss. Besonders attraktiv ist daher für die Konkurrenz das Paket B, welches die

Konferenzvariante des Pakets C enthält. Zu einem moderaten Preis im Internet übertragen, könnte dieses Paket massiv Kunden gewinnen und dem bisherigen Alleinanbieter arg zusetzen. Unter dem Strich erscheint mir aber nur ein Ausgang des Bieterverfahrens realistisch: Der bisherige Alleinanbieter erwirbt alle Live-Pakete und beißt in den – nur auf den ersten Blick – sauren Apfel der Internetkonkurrenz. Die in diesem Fall fehlende Exklusivität bei der Übertragung des Pakets E und eines zusätzlichen Samstags-spiels ist ein geringer Preis, den der bisherige Alleinanbieter zahlen müsste. Aber wer weiß? Wie im Fußball können auch Bieterverfahren mit einer Überraschung enden. Das Spiel ist aus, wenn der Schiri pfeift. Und der Abpfiff in diesem Spiel folgt spätestens Anfang Juni, wenn der Zuschlag erfolgt ist.

### Fußballbundesliga: Die Rechte-Häppchen

Die audiovisuellen Live-Übertragungsrechte für die Spielzeiten 2017/18 bis 2020/21 der 1. Fußballbundesliga wurden in Form dieser Pakete ausgeschrieben

	PAKET A	PAKET B	PAKET C	PAKET D	PAKET E
Einzelspiele pro Saison	<b>40</b>		<b>176</b>	<b>30</b>	<b>60</b>
Davon:	30 freitags 20:30 Uhr; 5 sonntags 13:30/ 18:30 Uhr; 5 montags 18:30 Uhr		158 samstags 15:30 Uhr; 18 dienstags/mittwochs 18:30 und 20:30 Uhr	30 samstags 18:30 Uhr	30 sonntags 15:30 Uhr; 30 sonntags 18:00 Uhr
Konferenz-schaltungen		36, davon: 32 samstags 15:30 Uhr; 4 dienstags/mittwochs 20:30 Uhr			
Aus Sicht eines möglichen Bieters	„Bunte Mischung“ freitags alle Vereine ungefähr gleich oft vertreten; Sonntag und Montag Nebenspieltage der Europa-League-Starter; Akzeptanzrisiko der neuen Sendepplätze; attraktive Eröffnungsspiele Hin- und Rückrunde ● hoher durchschnittlicher Wert pro Spiel bei moderater Wertstreuung des Gesamtpakets	„Hauen und Stechen“ Konferenz der Spiele aus Paket C; womöglich am meisten umkämpfte Paket, da strategisch sehr wichtig	„Must have“ Kernspielzeiten der Champions-League-Starter (insbesondere Bayern und Dortmund); etablierter Sendepplatz; zusätzlicher Erwerb von Paket B dringend geboten ● hoher durchschnittlicher Wert pro Spiel bei geringer Wertstreuung des Gesamtpakets	„Filetstück“ attraktivster Sendepplatz; alle Vereine gleich oft vertreten ● sehr hoher durchschnittlicher Wert pro Spiel bei sehr geringer Wertstreuung des Gesamtpakets	„Wundertüte“ Kernspielzeiten der Europa-League-Starter; von Zuschauer magneten (Schalke, Gladbach) bis Quotenkillern (Leverkusen, Wolfsburg) alles möglich ● völlig unsicherer durchschnittlicher Wert pro Spiel bei sehr hoher Wertstreuung des Gesamtpakets



# Strukturwandel als Chance

**Regionen.** Um der Sogkraft der Metropolen etwas entgegenzusetzen, müssen die benachbarten Regionen ein innovationsfreundliches Umfeld mit hoher Lebensqualität schaffen. Am Beispiel des Rhein-Erft-Kreises lässt sich zeigen, wie das gelingen kann.

Was die sogenannten Speckgürtel tun können, um sich dynamisch an den Strukturwandel anzupassen, hat die IW Consult am Beispiel des nordrhein-westfälischen Rhein-Erft-Kreises untersucht. Die Voraussetzungen der Region für wirtschaftliche Erfolge sind gut (Grafik):

**Der Rhein-Erft-Kreis ist in ein starkes Innovationsumfeld eingebettet – die dortigen Gemeinden beheimaten zusammen mit den benachbarten Städten und Kreisen allein 33 Hochschulen und neun Max-Planck-Institute.**

Davon ausgehend sollte der Rhein-Erft-Kreis künftig eine Dreifachstrategie verfolgen:

**1. Innovationsaktivität stärken.** Mit der Digitalisierung und dem globalen Wettbewerb werden Innovationen für Unternehmen immer wichtiger. Die Region sollte daher Kooperationen zwischen Betrieben und Forschungseinrichtungen fördern und eine Informations- und Innovationsbörse etablieren, die Anlaufstelle für alle innovationsinteressierten Unternehmen im Kreis ist.

**2. Fachkräfte anziehen.** Damit es kluge Köpfe nicht nur in die Großstädte zieht, müssen die Unternehmen interessante, verantwortungsvolle Tätigkeiten und attraktive Arbeitsbedingungen bieten. Die Region kann den Firmen aufzeigen, welche Optionen sie bei der Fachkräftesicherung wahrnehmen können.

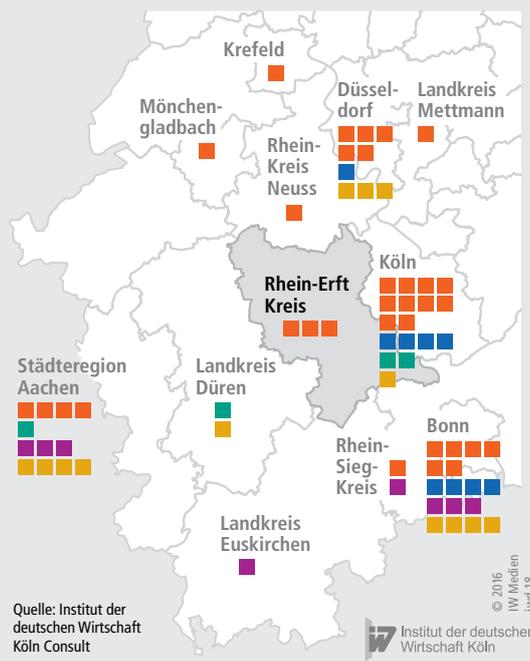
**3. Attraktivität des Wohnorts erhöhen.** Hier braucht es integrierte Konzepte, die alle Aspekte der Lebensqualität berücksichtigen – von der Versorgung mit Kindertagesstätten bis hin zur Verkehrsanbindung.

Zu all dem wurden im Rahmen der Studie konkrete Projektideen für

## Rhein-Erft-Kreis: Forschungsstarkes Umfeld

Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Rhein-Erft-Kreis sowie in den umliegenden Städten und Landkreisen

■ Hochschulen  
■ Max-Planck-Institute  
■ Helmholtz-Kooperationen  
■ Fraunhofer-Institute  
■ Sonstige



den Rhein-Erft-Kreis erarbeitet. So soll die regionale Wirtschaftsförderung zu Workshops laden, in denen sich Firmen und Forschungsinstitute kennenlernen und dann gemeinsame Projekte umsetzen. Auch ein Technologie- und Gründerzentrum ist angedacht. Und Wettbewerbe im Wohnungsbau sollen Kreativquartiere zum Wohnen und Arbeiten entstehen lassen, die kaufkräftige und junge Leute anziehen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann,  
Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich  
(außer Juli und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.